***Ich erkläre meine Solidarität mit Ufuk T.***

Aufmerksam gemacht wurde ich auf diese Vorfälle von meinem Mitarbeiter Holdger Platta bei [www.hinter-den-schlagzeilen.de](http://www.hinter-den-schlagzeilen.de), und ich bin erschüttert und zornig seither: vor einem Jahr wollte der türkische ALG-II-Bezieher Ufuk T. im Mannheimer Jobcenter seinen Sachbearbeiter sprechen, weil seit drei Wochen die Auszahlung der Hilfsgelder überfällig war und der Hilfsbedürftige über keinerlei Geld mehr verfügte, um Nahrungsmittel einkaufen zu können. Ufuk T. wurde von einem Mitarbeiter der Behörde mitgeteilt, er solle in 4 Tagen wiederkommen.

Als Ufuk T. auf Auszahlung eines Vorschusses bestand, wurde er mit Polizeigewalt aus dem Amtsgebäude entfernt und in diesem Jahres vom Mannheimer Amtsgericht wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu einer Geldstrafe in der Höhe von 1.550,- Euro verurteilt, obwohl es selbst den Zeugenaussagen der Polizisten zufolge derartigen Widerstand nicht gab.

Noch ist dieses Urteil nicht rechtskräftig, weil der Beschuldigte Revision eingelegt hat, aber bis zur Stunde verhalten sich drei staatliche Instanzen - das Jobcenter Mannheim, die Mannheimer Polizei und das Mannheimer Amtsgericht - so, als ob man es bei dem Notleidenden mit einen Straftäter zu tun hätte.

Das erinnert mich daran, wie bis vor kurzem Seenotretter von Flüchtlingen in Italien behandelt worden sind: selbstverständlichste Humanität wird Opfer angeblicher Staatsräson.

Als engagierter Verteidiger der Menschenrechte protestiere ich hiermit gegen diese Mannheimer Vorgänge. Gleichzeitig erkläre ich meine Solidarität mit Ufuk T. und seinen UnterstützerInnen in Heidelberg, die am kommenden Montag, am 14. Oktober, in einer öffentlichen Veranstaltung über diese Mannheimer Vorfälle informieren wollen, nicht zuletzt mithilfe des Strafverteidigers von Ufuk T., des Rechtsanwaltes Günter Urbanzcyk.

Daß Menschen in Deutschland hungern sollen, weil man sie mit Polizeigewalt aus Amtsgebäuden entfernt und daran hindert, ihren grundgesetzlich garantierten Rechtsanspruch auf ein jederzeit zu gewährleistendes menschenwürdiges Existenzminimum geltend machen zu können, empört mich zutiefst.

Deutschland hört auf, ein humaner, sozialer, demokratischer Rechtsstaat zu sein, wenn es solcherlei Vorfälle zuläßt.

München, den 10. Okober 2019 **K o n s t a n t i n W e c k e r**